



Bund der Richter und Staatsanwälte  
in Nordrhein-Westfalen e.V.

Hamm, 16. November 2011

## Presseerklärung

### **Vorwürfe gegen Landessozialgericht wegen Ghettorenten unberechtigt**

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW wendet sich mit Nachdruck gegen Medienberichte, wonach Überlebende des Holocaust mit ihren Rentenansprüchen vom Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen unrechtmäßig behandelt worden sein sollen. Entsprechende Vorwürfe eines einzelnen Richters des Landessozialgerichts, der sich einem Schreiben an Landtagsabgeordnete zufolge in persönlichen Karriereerwartungen enttäuscht sieht, entbehren jeder Grundlage.

Der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, Reiner Lindemann hierzu: „Es bestehen keinerlei Zweifel, dass alle mit Ghettorenten befassten Richterinnen und Richter der Sozialgerichte ausschließlich nach Gesetz und Recht sowie ihrem Gewissen verpflichtet verhandelt und entschieden haben.“

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Reiner Lindemann unter 01716458244.

*Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3300 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.*

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG ( NW ) :  
Reiner Lindemann, Vorsitzender  
Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.  
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568  
E-Mail [info@drb-nrw.de](mailto:info@drb-nrw.de) Internet [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)